

Übersicht

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 03. Sitzung am 23.11.2010 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	PVA 19/10 Änderung der TOP-Reihenfolge	einstimmig, Seite
1.	Niederschrift über die 2. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.06.2010	anerkannt	--
2.	Betriebsqualität der Stadtbahnlinien		
2.1	Qualitätserhebung auf der Stadtbahnlinie 66 - Vortrag des Ingenieurbüros Planersocietät -	PVA 22/10 Einführung Bonus-Malus-System	einstimmig, Seite
2.2	Pünktlichkeit der Stadtbahnlinien/ ausgefallene Betriebsstunden	Kenntnisnahme	--
2.3	Anregung vom 22.04.2010 nach § 11 Hauptsatzung der Gemeinde Alfter zu Verspätungen der Linie 18 - Bericht der Verwaltung	Kenntnisnahme	--
2.4	Sachstand Fahrzeugertüchtigungsprogramm SWB/SSB	Kenntnisnahme	--
3.	Antrag der CDU-Fraktion vom 06.09.2010: Umstellung des AST-Verkehrs 585 zwischen Niederkassel und Spich zum nächsten Fahrplanwechsel auf TaxiBus-Verkehr	Einverständnis zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung, Verzicht auf eine Abstimmung	--
4.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW:		
4.1	Wegfall der Haltestelle Winterscheider Mühle	PVA 20/10 Ablehnung des SPD, FDP Antrags	MB ./I. SPD, FDP, FUW/BfM, DIE LINKE Seite
4.1.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen vom 17.11.2010: Weiteres Vorgehen des Rhein-Sieg-Kreises zur Buslinienführung in Ruppichterorth-Winterscheid	PVA 21/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag einschl. Prüfaufträge aus Antrag CDU/ DIE GRÜNEN, Empfehlung an KA	MB ./I. SPD, FDP, FUW/BfM, DIE LINKE Seite
4.2	Erhalt der Buslinie 537 für Rauschendorf, Bockeroth und Uthweiler	PVA 23/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag, Empfehlung an KA	einstimmig, Seite

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
5.	Kreiswettbewerb 2011 "Unser Dorf hat Zukunft"	PVA 24/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite
6.	Kreisentwicklungskonzept 2020		
6.1	Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Kreisentwicklungskonzept	PVA 25/10 Ablehnung des SPD-Antrags	MB ./. SPD, FDP, DIE LIN- KE Seite
6.2	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen vom 09.11.2010: Begleitbeschluss zum Kreisentwicklungskonzept 2020	PVA 26/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag nach Maßgabe des Begleitbeschlusses, Empfehlung KA/KT	einstimmig bei 7 E. SPD, FDP, DIE LINKE Seite
7.	Ausbau der Ortsdurchfahrt Swisttal-Straßfeld im Zuge der K 3	PVA 27/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite
8.	Ausbau der K 39 zwischen Lohmar-Oberschönrath und Muchensiefen	PVA 28/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite
9.	Einführung eines Sozial-Tickets - Stand der Diskussion in den VRS-Gremien / Ergebnisse der Marktforschungsanalyse -	Kenntnisnahme	
10.	Regionale Zusammenarbeit mit Bonn - Gemeinschaftssitzungen der Planungs- und Verkehrsausschüsse -	PVA 29/10 Zustimmung zum abgeänderten Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite
11.	Mitteilungen und Anfragen		
11.1	Nahverkehrsplan für den Rhein-Sieg-Kreis Prüfaufträge, Fragen aus der PVA-Sitzung 22.06.2010	Kenntnisnahme	--
11.2	Erfahrungsbericht über den Einsatz des TaxiBusses im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	--
11.3	Antrag auf Erhöhung des Taxitarifs - Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	--
11.4	Ausgleichsmaßnahme für den Lückenschluss des Siegtal-Radweges in Eitorf-Kelters	Kenntnisnahme	--
11.5	Neubau der Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf im Zuge der K 14 n - Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	--
11.6	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	s. Niederschrift	--

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
12.	Nichtöffentlicher Teil Mitteilungen und Anfragen	--	--

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreisausschusses/Kreistages:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
4.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW:		
4.1	Wegfall der Haltestelle Winterscheider Mühle	PVA 21/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	MB ./. SPD, FDP, FUW/BfM, DIE LINKE Seite
4.1.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen vom 17.11.2010: Weiteres Vorgehen des Rhein-Sieg-Kreises zur Buslinienführung in Ruppichterorth-Winterscheid	einschl. Prüfaufträge aus Antrag CDU/DIE GRÜNEN, Empfehlung an KA	
4.2	Erhalt der Buslinie 537 für Rauschendorf, Bockeroth und Uthweiler	PVA 23/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag, Empfehlung an KA	einstimmig, Seite
6.	Kreisentwicklungskonzept 2020		
6.1	Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Kreisentwicklungskonzept	PVA 26/10 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig bei 7 E. SPD, FDP, DIE LINKE Seite
6.2	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen vom 09.11.2010: Begleitbeschluss zum Kreisentwicklungskonzept 2020	nach Maßgabe des Begleitbeschlusses, Empfehlung KA/KT	

Niederschrift

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 03. Sitzung am 23.11.2010 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 11.11.2010
Einladungsnachtrag vom: --
Einladungsnachsendung vom: 18.11.2010 (TOP 4.1.1)
Tischvorlage zu TOP 2.1

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch	
Herr Emil Eyermann	Vertreter der Abg. Renate Mersch
Frau Hildegard Helmes	Vertreterin des Abg. Helmut Weber
Herr Marcus Kitz	
Herr Oliver Krauß	bis 18.05 Uhr
Herr Tim Salgert	bis 17.45 Uhr
Herr Frank Zähren	

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht
 Frau Ute Krupp
 Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz	
Herr Martin Metz	
Herr Ingo Steiner	Vorsitzender

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Uwe Groeneveld	Vertreter für Herrn Michael Otter
---------------------	-----------------------------------

Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Guido Koch
 Herr Frederic Tewes

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Dirk Schlömer

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Klaus Reker

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Renate Mersch

Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Jürgen Kusserow

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Otter

VertreterInnen der Verwaltung:

Planungsdezernent Jaeger

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya

KVOR Wiehlputz

KOAR Pütz

Dipl.-Ing. Dr. Berbuir

Dipl.-Ing. Dr. Groneck

Dipl.-Ing. Geerling

Dipl.-Ing. Dettke

VA Lorenzini (stellv. Pressereferentin)

Gäste:

Herr Dr. Frehn, Ingenieurbüro Planersocietät, Dortmund

Frau Franken, Stadtwerke Bonn

mehrere Bürger aus Ruppichtheroth zu TOP 4.1

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende eröffnete die 3. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses und begrüßte die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie insbesondere die anwesenden Gäste aus Ruppichteroth. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest und schlug vor, TOP 4.1 „Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO: Wegfall der Haltestelle in Ruppichteroth“ vorzuziehen und unmittelbar im Anschluss an TOP 1 zu behandeln.

B.-Nr.: **Der Tagesordnungspunkt 4.1 „Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO: Wegfall der Haltestelle Winterscheider Mühle“ wird unmittelbar im Anschluss an TOP 1 behandelt.**

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

Anmerkung der Schriftführerin:

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird die ursprüngliche Reihenfolge der Tagesordnungspunkte beibehalten.

Zur Klarstellung wird hier noch einmal darauf hingewiesen, dass die Ausschussmitglieder der Kreistagsgruppe DIE LINKE sowie der Gruppe FU/BfM nicht nur eine beratende Funktion inne haben, sondern auch abstimmungsberechtigt sind.

Die Mitglieder sind gem. § 41 Abs. 3 i.V.m. § 35 Abs. 3 KrO NRW durch einstimmigen Beschluss des Kreistages am 13.11.2009 als ordentliche (stimmberechtigte) Mitglieder des Planungs- und Verkehrsausschusses gewählt worden. Die Stellvertreter, die einer Fraktion, Gruppe oder Listenverbindung angehören, vertreten sich nach § 6 Abs. 2 Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis untereinander in alphabetischer Reihenfolge.

1	Niederschrift über die 2. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.06.2010	
---	---	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

2	Betriebsqualität der Stadtbahnlinien	
---	---	--

2.1	Qualitätserhebung auf der Stadtbahnlinie 66 - Vortrag des Ingenieurbüros Planersocietät -	
-----	--	--

Herr Dr. Frehn stellte die Ergebnisse der Qualitätsuntersuchung auf der Stadtbahnlinie 66 vor. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt. (**Anmerkung:** Der vollständige **Abschlussbericht** wurde heute als **Tischvorlage** zur Verfügung gestellt und vorab an die Fraktionen verteilt.)

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Bausch erkundigte sich, wo nach Auffassung des Gutachters die Toleranzgrenze für die Pünktlichkeit liege. Bisher würden Bahnen mit bis zu 3.59 Minuten Verspätung als pünktlich gewertet. Ausgehend von einem 10-Minuten-Takt halte er dies für keinen akzeptablen Grenzwert.

Herr Dr. Frehn antwortete, von objektiver Pünktlichkeit spreche man immer nur dann, wenn die Abfahrt in der Fahrplanminute erfolge. Die subjektive Toleranzgrenze liege bei zwei bis drei Minuten. In der Beurteilung der Nutzer spiele dabei aber die Anschlussmöglichkeit eine wichtige Rolle. Könne der Anschluss nicht mehr erreicht werden, werde die Bahn subjektiv nicht als pünktlich beurteilt.

Der Vorsitzende fragte nach, ob es auch eine gutachterliche Feststellung hinsichtlich der Ursachen für Verspätungen gebe.

Herr Dr. Frehn wies darauf hin, die Pünktlichkeitsquote sei durch das Verkehrsunternehmen am Haltepunkt Hbf Bonn selber gemessen worden. Angaben zu den Ursachen habe es hierzu nicht gegeben. An den Erhebungstagen habe sein Ingenieurbüro zusätzlich eigene Aufzeichnungen zur Pünktlichkeit gemacht. An diesen Tagen wurden die Verspätungen häufig durch Baustellen und Unfälle im Netz verursacht. Diese Aufzeichnungen seien aber nicht so aussagekräftig wie die Statistik des Verkehrsunternehmens, da sie nur einzelne Tage und nicht das ganze Jahr widerspiegeln. Ursachen für Verspätungen seien sicherlich auch technische Defekte und die Tatsache, dass die Linie 66 nicht in allen Bereichen über einen separaten Gleiskörper geführt werde.

SkB Schlömer bemerkte, der Verwaltungsvorlage könne entnommen werden, dass die Ausfallquote in den Sommermonaten besonders hoch sei. Die Personal- bzw. Urlaubsplanung der SWB sei insofern sicherlich verbesserungswürdig. Der Ausschuss müsse sich jetzt die Frage stellen, welche Maßnahmen nunmehr als Resultat der Untersuchung folgen könnten. Wenn das Hauptaugenmerk der Kunden auf Sauberkeit, Sicherheit und Information gelegt werde, sei es aus seiner Sicht notwendig, hierzu entsprechende Konzepte einzufordern, um genau diese drei Punkte zu verbessern.

Abg. Anschütz erkundigte sich, ob dem Gutachter Informationen aus der Historie der Fahrzeiten vorliegen. Bei vielen Linien entstünden dadurch Probleme, dass Pufferzeiten aufgelöst worden seien. Bei kleineren technischen Defekten käme es dann natürlich sofort zu Verspätungen.

Herr Dr. Frehn antwortete, außerhalb des Untersuchungszeitraums seien keine Daten erhoben bzw. nachgefragt worden.

Abg. Bausch äußerte, Herr Schlömer habe mit den Ausfällen in den Sommermonaten einen ganz wesentlichen Punkt angesprochen. Das bestehende Personalkonzept sei nicht nachvollziehbar und stelle für den Kunden sicherlich ein großes Ärgernis dar. Eine Änderung bei der SWB könne aus seiner Sicht am ehesten über finanzielle Konsequenzen bewirkt werden. Bisher sei die Qualitätsvereinbarung nur für eine Testphase ohne Bonus- und Maluszahlungen umgesetzt worden. Er beantrage deshalb, heute über folgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:

Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass das Bonus-Malus-System dauerhaft eingeführt wird“.

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende bemerkte, nach seiner Erinnerung sei das Bonus- Malus-System in der Betriebsvereinbarung zwischen SSB und SWBV im Jahre 2008 festgelegt worden.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bestätigte, es gebe einen Kooperationsvertrag zwischen SSB und SWBV , in dem die Jahre 2009 und 2010 als Testphase für ein Bonus-Malus-System vorgesehen waren. Ziel der Verwaltung sei es, an die heute vorgestellten Ergebnisse anzuknüpfen und das Bonus-Malus-System künftig auch anzuwenden. Der Rhein-Sieg-Kreis habe natürlich ein Interesse daran, dass für das im Rahmen der Betriebsführung zu zahlende Geld auch eine entsprechende Leistung von der SWB erbracht werde. Er würde es daher begrüßen, wenn heute ein entsprechender Beschluss gefasst werde.

Abg. Krauß ergänzte, aus seiner Sicht sei jetzt auch ein guter Zeitpunkt für die Einführung des Bonus-Malus-Systems, da die Baumaßnahmen auf Bonner Stadtgebiet weitestgehend abgeschlossen seien. Die Linie 66 habe jetzt in weitaus mehr Bereichen einen eigenen Gleiskörper, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen sei (z.B. Kennedy-Brücke). Es gehe letztendlich nicht darum, jemanden zu sanktionieren, sondern vielmehr darum, einen Anreiz zu schaffen, das „Versprechen“ auch in die Tat umzusetzen.

Abg. Metz äußerte, die Ergebnisse des Qualitätsgutachtens bestätigen, dass die Einführung eines Bonus-Malus-Systems Sinn mache. Es bestehe Einigkeit darüber, dass die Qualität auf der Linie 66 nach wie vor zu wünschen übrig lasse. Das Bonus-Malus-System sei ein gutes Werkzeug, um hier entsprechende Anreize zu schaffen. Er schließe sich deshalb dem Antrag des Abg. Bausch an.

Antrag:

Abg. Tendler machte abschließend darauf aufmerksam, dass für die „Sauberkeit im Fahrzeug“ nicht nur das Unternehmen verantwortlich gemacht werden könne, sondern auch der zunehmende Vandalismus den Zustand der Bahnen maßgeblich beeinflusse. Er richte deshalb an dieser Stelle auch noch einmal einen Appell an die Nutzer der Stadtbahn, sich vernünftig zu verhalten.

B.-Nr.
22/10

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, darauf hinzuwirken, dass das Bonus-Malus-System dauerhaft eingeführt wird.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

2.2	Pünktlichkeit der Stadtbahnlinien/ ausgefallene Betriebsstunden	
-----	---	--

Abg. Krauß nahm Bezug auf die vorherigen Äußerungen von SkB Schlömer zu der Personalsituation. Er berichtete von eigenen Erfahrungen, wo eine Verstärkerfahrt der Linie 68 um 22.06 Uhr am Hbf bewusst zurückgehalten wurde, um sie dann um 22.36 Uhr als Linie 18 bis Bornheim fahren zu lassen. Gerade die Linie 68 liege sehr nahe zum Betriebshof der SWB, so dass es durchaus möglich sei, schnell ein Ersatzfahrzeug einzusetzen. Auch dort werden der geringe Personalbestand und damit auch ausfallende Fahrten bewusst in Kauf genommen. Bei zukünftigen Auswertungen bitte er die Verwaltung auch bei den Ursachen für ausgefallene Betriebsstunden

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

um eine getrennte Auflistung der Linien 18 und 68.

Der Vorsitzende bestätigte die Erfahrungen des Abg. Krauß und ergänzte, die früher hauptsächlich auf den Linien 16 und 68 vorkommenden Ausfälle werden inzwischen auch auf die Linie 63 verteilt. Ursache sei in der Regel der fehlende Personalpuffer, der insbesondere in Urlaubs- und Krankheitszeiten (Grippewelle) zu Ausfällen führe. Auch hier sollte darauf hingewirkt werden, dass die vom Rhein-Sieg-Kreis bezahlten Leistungen auch tatsächlich erbracht werden.

Planungsdezernent Jaeger betonte, auch in Niederkassel und anderen Bereichen stehe die Verwaltung in engem Kontakt mit den Fahrgästen und versuche zu erreichen, dass sich die Personalkonzeption der SWB nicht zu Lasten des Rhein-Sieg-Kreises auswirke.

2.3	Anregung vom 22.04.2010 nach § 11 Hauptsatzung der Gemeinde Alfter zu Verspätungen der Linie 18 - Bericht der Verwaltung -	
-----	---	--

Abg. Krauß wies darauf hin, die auf S. 2 der Vorlage gemachten Ausführungen „Die bis zum Haltepunkt Alfter zuständige KVB sei vom Rhein-Sieg-Kreis angeschrieben worden...“ seien so nicht ganz richtig. Die KVB betreibe diese Strecke nach wie vor in Gemeinschaftskonzession mit der SWB. Zuständig sei daher die HGK (Häfen- und Güter Verkehrs GmbH). Im Übrigen sei er dem Bürger dankbar für seine Eingabe. Nur so komme man an gezielte Informationen und könne diese abstellen. Es zeige auch mal wieder, wie wichtig die Informationen für den Kunden seien. Er appelliere an die Verkehrsunternehmen, diese zu verbessern.

Dr. Sarikaya machte an dieser Stelle noch einmal auf das ÖPNV-Umfrageportal des Rhein-Sieg-Kreises aufmerksam. Dort können Beschwerden und Anregungen jederzeit in ein Kontaktformular eingetragen und unmittelbar dem zuständigen Bearbeiter weitergeleitet werden. Für den Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger im Öffentlichen Personennahverkehr ist es wichtig, sich mit Hilfe der Fahrgäste einen Überblick zur erlebten Qualität im ÖPNV zu verschaffen. Das Kontaktformular könne im Internet über die Homepage des Rhein-Sieg-Kreises unter Bürgerservice/Aktuelle Themen/rechte Spalte aufgerufen werden:

http://www.rhein-sieg-kreis.de/pvs_kontaktformular/mail.php

Abg. Krupp bat die Verwaltung, einmal jährlich sowohl in den Tageszeitungen, als auch in den örtlichen Mitteilungsblättern auf das ÖPNV-Portal des Rhein-Sieg-Kreises hinzuweisen.

2.4	Sachstand Fahrzeugertüchtigungsprogramm SWB/SSB	
-----	---	--

Der Vorsitzende begrüßte hierzu Frau Franken von den Stadtwerken Bonn und kündigte sich nach dem Zeitplan für die Wagenerneuerung.

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Franken erläuterte, das Stadtbahnertüchtigungsprogramm musste aufgrund seines finanziellen Umfangs ausgeschrieben werden. Die Ausschreibung habe so viel Zeit in Anspruch genommen, dass sich die Fertigstellung des ersten Fahrzeugs bis ins Jahr 2011 verzögern werde. Im folgenden Jahr sollen dann zwei Fahrzeuge und ab 2013 vier Fahrzeuge pro Jahr fertig gestellt werden.

Der Vorsitzende fragte ergänzend nach, ob die in den Wagen von vier auf zwei abgerüsteten Fahrschein-Entwerter im Rahmen des Ertüchtigungsprogramms ebenfalls erneuert werden.

Frau Franken antwortete, die erneuerten Stadtbahnwagen erhalten selbstverständlich auch neue Entwerter. Diese werden im Übrigen täglich geprüft und ggf. auch ausgetauscht. Ausfälle im Laufe des Tages sind in der Regel auf Vandalismus zurückzuführen. Dies stelle ein großes Problem dar.

Nachdem es keine weiteren Fragen gab, dankte der Vorsitzende Frau Franken für ihr Kommen. Er hoffe, dass das erste Fahrzeug im nächsten Jahr besichtigt werden könne.

3	Antrag der CDU-Fraktion vom 06.09.2010: Umstellung des AST-Verkehrs 585 zwischen Niederkassel und Spich zum nächsten Fahrplanwechsel auf TaxiBus-Verkehr	
---	---	--

Dr. Sarikaya empfahl dem Ausschuss, heute keine Einzelentscheidung über die AST-Linie 585 zu treffen, sondern zunächst die für nächstes Jahr vorgesehene Untersuchung der Troisdorfer Buslinien abzuwarten und dann eine Gesamtbetrachtung aller Linien in diesem Raum durchzuführen. Die Verwaltung werde ein Angebotskonzept erarbeiten und dem Ausschuss eine entsprechende Beschlussempfehlung vorlegen.

Die CDU-Fraktion erklärte sich mit dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung einverstanden und verzichtete auf eine Abstimmung über ihren Antrag.

4	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW:	
4.1	Wegfall der Haltestelle Winterscheider Mühle	
4.1.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen vom 17.11.2010: Weiteres Vorgehen des Rhein-Sieg-Kreises zur Buslinienführung in Ruppichterath-Winterscheid	

Der Vorsitzende wies darauf hin, zu diesem Tagesordnungspunkt gebe es eine Verwaltungsvorlage und einen am 18.11.2010 nachversandten Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN.

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Bausch machte noch einmal deutlich, der Nahverkehrsplan sei im Juli einstimmig verabschiedet worden, damit er noch rechtzeitig zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember in Kraft treten könne. Danach habe es noch einige Anregungen und Beschwerden gegeben, u.a. auch von Bürgern aus Ruppichteroth zum Wegfall der Haltestelle Winterscheider Mühle. Bei der Verabschiedung habe man sich seinerzeit gleichzeitig darauf verständigt, den Nahverkehrsplan insbesondere in der Einführungsphase seitens der Verwaltung intensiv zu begleiten und zu überprüfen und dabei auch eingegangene Anregungen und Beschwerden zu berücksichtigen. Sollten danach „Feinjustierungen“ erforderlich werden, so können diese zum sog. „kleinen Fahrplanwechsel“ im Sommer umgesetzt werden. Gleichwohl habe seine Fraktion und die Fraktion DIE GRÜNEN die Anregungen nicht ignoriert. Es seien entsprechende Besichtigungen durchgeführt worden. Wenn sich in Ruppichteroth durch die geplanten Baumaßnahmen Veränderungen in den Grundlagen ergeben und sich dadurch die Fahrgastzahlen verändern sollten, werde man dem auch Rechnung tragen. Dies könne aber nicht jetzt, sondern ggf. erst zum sog. „kleinen Fahrplanwechsel“ im Sommer geschehen. In dem gemeinsamen Antrag habe man versucht, dies in fünf Punkten zusammenzufassen. Es solle deutlich gemacht werden, dass die Anregungen sehr ernst genommen werden, gleichzeitig aber auch um Verständnis dafür gebeten werden, dass ein Nahverkehrsplan, der eine so breite Zustimmung gefunden habe, auch zunächst einmal umgesetzt werden müsse und dann erst im nächsten Jahr ggf. nachjustiert werden könne.

Abg. Tendler bestätigte, dass der Nahverkehrsplan sehr sachlich und konstruktiv beraten und einstimmig verabschiedet worden sei. Dennoch sei ein solcher Plan nur so gut, wie seine Akzeptanz vor Ort sei. Sowohl der Rat der Gemeinde Ruppichteroth als auch die Bürger haben zu einem sehr frühen Zeitpunkt reagiert. Sofort als die Linienführung und vor allem die Schließung der Haltestelle „Winterscheider Mühle“ bekannt geworden sei, habe man Einwendungen erhoben. Das Thema sei sehr intensiv in Ruppichteroth behandelt worden und die Bevölkerung habe sich sehr stark eingebracht. Er habe deshalb zusammen mit dem Abg. Groenefeld die Örtlichkeiten besichtigt und anschließend in seiner Fraktion ausführlich diskutiert. Nach seiner Auffassung gehe der gemeinsame Antrag von der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN nicht konkret auf die tatsächliche Situation ein. Es werde darin das Bauvorhaben „Winterscheider Mühle“ angesprochen. Zum einen wisse man noch gar nicht, was aus der „Winterscheider Mühle“ werden solle, zum anderen könne er sich nicht vorstellen, wie ein Hotel mit der Haltestelle „Winterscheider Mühle“ in Verbindung gebracht werden könne. Gäste würden mit Sicherheit nicht den ÖPNV nutzen. Die Haltestelle sei in erster Linie für die Bürgerinnen und Bürger der umliegenden Dörfer gedacht. Der Rat der Gemeinde Ruppichteroth habe dagegen in einem einstimmigen Beschluss sehr konkret dargelegt, was er von dem Kreistag erwarte. Seine Fraktion erhebe deshalb den unter Buchstabe a) des heute hier vorliegenden Ratsbeschlusses formulierten Antrag zu ihrem eigenen Antrag.

Antrag:

Abg. Dr. Kuhlmann betonte, auch seine Fraktion habe sich noch einmal ausführlich mit dem Thema befasst und spreche sich für den Erhalt der Haltestelle „Winterscheider Mühle“ aus. Seine Fraktion unterstütze das Anliegen der Bürger und den einstimmigen Beschluss der Gemeinde Ruppichteroth. Darüber hinaus sollte die Änderung unkompliziert und zügig, d.h. unabhängig von dem Fahrplanwechsel umgesetzt werden.

Abg. Metz warnte vor einer Vereinfachung der Diskussion. Man müsse hier eine Vielzahl von Einzelgesichtspunkten abwägen (Fahrzeiten, die zusätzliche Bedienung des Ortes Hatterscheid, unterschiedliche Entfernungen von Haltestellen, Verlänge-

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

rungen von Fahrzeiten, Anschlussverbindungen in Ruppichteroth) und dabei den bestmöglichen Ausgleich der verschiedenen Interessen erreichen. Es müsse aber auch offen gesagt werden, dass der Nahverkehrsplan beschlossen und die Fahrpläne gedruckt seien. Insofern komme es zum Fahrplanwechsel im Dezember auch zu einer Umsetzung. Diese Fakten könne man weder wegdiskutieren, noch durch heutige Änderungsbeschlüsse rückgängig machen. Die Frage sei jetzt, wie gehe man weiter vor. Seine Fraktion habe heute zusammen mit der CDU-Fraktion einen Beschlussvorschlag vorgelegt, der der Verwaltung einen klaren Auftrag gebe. Im Rahmen der grundsätzlichen Evaluation des NVP solle dieser Problembereich eine besondere Bedeutung haben. Das bedeute, die Verwaltung solle sich diesen Bereich besonders schnell anschauen, bestimmte Daten und Fakten zusammentragen und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. Anschließend könne hier im Ausschuss darüber entschieden werden.

Abg. Groenefeld bemerkte, die Fortschreibung des Nahverkehrsplans solle doch zu Verbesserungen führen. Diese könne er im Falle Ruppichteroth nicht erkennen. Seine Gruppe habe seinerzeit alle Fraktionen und Gruppen zur Begehung eingeladen. Die CDU habe diesen Termin nicht wahrgenommen, sondern im Nachhinein eine Ortsbesichtigung durchgeführt. Dies halte er für genauso bemerkenswert wie den vorgelegten Antrag. Die Absichtserklärung etwas zu ändern reiche aber nicht aus. Er frage sich, warum man es nicht einfach bei der bisherigen Linienführung und Haltestelle belassen könne. Er könne auch nicht verstehen, warum man einen einmal beschlossenen Fahrplan nicht kurzfristig wieder ändern könne. Es gehe maximal um eine Fahrzeit von ein bis zwei Minuten. Er bitte darum, dem Antrag von Ruppichteroth stattzugeben und diese Änderung kurzfristig vorzunehmen.

SkB Schlömer äußerte, er habe zahlreiche Erfahrungen in der Verkehrsplanung. Für ihn sei es ebenfalls nicht einsehbar, warum man für diese Veränderung den nächsten Fahrplanwechsel abwarten müsse. Es sei durchaus üblich, kleine Veränderungen auch während einer laufenden Fahrplanperiode vorzunehmen, ohne dass gleich die Fahrpläne neu erstellt werden müssten. Nach seiner Auffassung dürfte auch in diesem Fall eine kurzfristige Umstellung in der kommenden Fahrplanperiode ohne größeren finanziellen Aufwand möglich sein.

Abg. Bausch betonte noch einmal, auch seine Fraktion habe sich die Situation vor Ort genau angeschaut und den Dialog mit dem Bürger gesucht. Den Vorschlag des Abg. Groenefeld hielt er nicht für zielführend. Im Laufe der Erörterungen des Nahverkehrsplans sei hier im Ausschuss mehrfach darauf hingewiesen worden, dass bei den für die Verkehrsunternehmen notwendigen langen Vorlaufzeiten und Umstellungsarbeiten kurzfristige Veränderungen nicht realisierbar seien. In dem Ratsbeschluss von Ruppichteroth werde darum gebeten, dem Kreistag eine Änderung der Streckenführung vorzutragen und diese umzusetzen. Ferner werde bezogen auf den Wegfall der Haltestelle darauf hingewiesen, dass dadurch Kosten in Höhe von 60.000 € entstehen könnten. Die SPD, die diesen Beschluss zu ihrem eigenen Antrag erhoben habe, wisse doch ganz genau, dass dies so nicht umsetzbar sei. Seine Fraktion habe es sich mit dem Beschlussvorschlag nicht einfach gemacht. Man habe sich ernsthaft bemüht, sowohl den Belangen der Umsetzung eines Nahverkehrsplans zu entsprechen, als auch den Anregungen und Bedenken der Bürger Rechnung zu tragen.

Abg. Metz unterstützte die Ausführungen seines Vorredners. Es sei richtig, dass an dem von Herrn Groenefeld genannten Termin kein Vertreter seiner Fraktion teilgenommen habe. Dennoch habe er es sich nicht nehmen lassen, mit Vertretern der

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Bürger und den kommunalen Vertretern der Fraktion DIE GRÜNEN eine dreistündige Begehung zu machen, entsprechende Strecken abzufahren, Zeiten zu messen und Kilometer aufzuschreiben. Resultat sei der im gemeinsamen Antrag formulierte Beschlussvorschlag. Zurzeit führe die Linie 531 im Ringverkehr von Hennef über Winterscheid, Haus Tanneck etc. und wieder zurück. Mit dem neuen NVP werde in diesem Bereich ein ganz anderes Betriebskonzept eingeführt. Die neue Linienführung gehe über den Ort Hatterscheid, der bisher nicht an das ÖPNV-Netz angeschlossen sei. Die entsprechenden Fahrpläne seien inzwischen gedruckt und beim VRS angemeldet worden. Dementsprechend seien sie auch in die Verbund-Fahrpläne aufgenommen und bei den „Mini-Fahrplänen“ berücksichtigt worden. Darüber hinaus seien bei der RSVG die entsprechenden Haltestellen-Fahrpläne erstellt worden. Der gesamte Ablauf sei genau festgelegt und erfordere Zeit sowie ein umfangreiches logistisches System. Insofern könne man auch nicht zu dem bisherigen Status quo zurückkehren und auch der Ratsbeschluss der Gemeinde Ruppichterath sei so nicht zielführend. Zum jetzigen Zeitpunkt bedürfe es vielmehr eines konkreten Prüfauftrages an die Verwaltung und der sei in dem gemeinsamen Antrag formuliert worden.

Antrag:

Abg. Dr. Kuhlmann bekräftigte noch einmal, seine Fraktion unterstütze dennoch den Ratsbeschluss der Gemeinde Ruppichterath vom 28.10.2010 und beantrage, über die dort unter Buchstabe a) beschriebene Linienführung heute abstimmen zu lassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schlug der Vorsitzende vor, zunächst über den inhaltlich gleichen Antrag der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion abzustimmen und anschließend über den gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion DIE GRÜNEN.

**B.-Nr.
20/10**

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag die am 01.07.2010 beschlossene Linienführung der Buslinie 531 wie folgt zu ändern:

Ausgehend von Winterscheid über die „Kirchstraße“ und am sog. „Drückesiefen“ auf die K 17 Richtung „Winterscheider Mühle“, dort wenden, Anfahrt Haltestelle „Winterscheider Mühle“ und zurück Richtung „Tanneck“

**Abst.-
Erg.:**

**Ablehnung
MB ./ SPD, FDP, FUW/BfM, DIE LINKE (12 ./ 8)**

**B.-Nr.
21/10**

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, die mit Nahverkehrsplan-Beschluss vom 01.07.2010 beschlossene Linienführung der Linie 531 zum 12.12.2010 umzusetzen und gleichzeitig folgende Schritte zu unternehmen:

- 1.) Die Kreisverwaltung soll die zeitlichen und planerischen Perspektiven des Investitionsobjekts Winterscheider Mühle erneut detailliert untersuchen. Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss berichtet werden, damit dieser sie in die weiteren Beratungen zur Thematik einbeziehen kann.**

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

- 2.) Die Kreisverwaltung soll gemeinsam mit der Gemeinde Ruppichteroth die Möglichkeit einer sinnvollen Führung der Linie 531 mit einer Wendeschleife im Bereich Winterscheider Mühle weiter erörtern und dem Ausschuss über die Ergebnisse und evtl. dafür notwendige bauliche Maßnahmen berichten.
- 3.) Die Kreisverwaltung soll der Untersuchung der Auswirkungen der Linienwegänderung im Bereich Winterscheid im Rahmen der grundsätzlichen Evaluation des Nahverkehrsplanes besondere Priorität zukommen lassen und dem Ausschuss zeitnah nach dem Fahrplanwechsel berichten.
- 4.) Die Kreisverwaltung soll gemeinsam mit der RSVG sowie weiteren Beteiligten theoretische Möglichkeiten für Fahrplan- und Linienwegänderungen während des laufenden Fahrplans inklusive Vor- und Nachteile erarbeiten und dem Ausschuss berichten.
- 5.) Die Kreisverwaltung wird gebeten, im Benehmen mit der Gemeinde Ruppichteroth zu prüfen, ob mit Blick auf die derzeit anstehende Evaluation der Fahrplanänderungen von größeren baulichen Maßnahmen abgesehen wird, bis die Ergebnisse der Evaluation vorliegen und bewertet sind.

Abst.- MB ./ SPD, FDP, FUW/BfM, DIE LINKE
Erg.:

4.2	Erhalt der Buslinie 537 für Rauschendorf, Bockeroth und Uthweiler	
-----	---	--

Der Vorsitzende erklärte, inzwischen habe es intensive Gespräche mit einem Vorsitzenden des Bürgervereins gegeben. Man habe sich darauf verständigt, zunächst die Umstellung abzuwarten und zu schauen, ob sich die Bedenken bestätigen oder das neue ÖPNV-Angebotskonzept gut angenommen werde. Besonderer Hintergrund sei, dass es sich bei der Umstellung um eine ausdrückliche Forderung der Stadt Königswinter und nicht um einen Vorschlag des Gutachters oder des Kreises gehandelt habe. Er bitte aber die Verwaltung, dem Bürger konkrete Ansprechpartner zu nennen, um bei Problemen schnell reagieren zu können. Das gelte natürlich auch für Ruppichteroth.

Dr. Sarikaya betonte, selbstverständlich stehe dem Bürger jederzeit das ÖPNV-Umfrageportal des Rhein-Sieg-Kreises zur Verfügung. Er machte noch einmal deutlich, die Verwaltung habe die Bürgervereine unmittelbar nach ihrer Eingabe angeschrieben und Gespräche angeboten. Natürlich stehe das Planungsamt auch weiterhin für Gespräche zur Verfügung.

B.-Nr. Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss zu beschließen, die vom Kreistag am 01.07.2010 beschlossene Linienführung der
23/10 Linien 537 und 541 zu bestätigen.

Abst.- einstimmig
Erg.:

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Kreiswettbewerb 2011 "Unser Dorf hat Zukunft"	
---	---	--

Abg. Anschütz äußerte, sie komme aus Windeck. Dort sei der Wettbewerb ein ganz wichtiges strategisches Instrument, weil er dazu beitrage, die Dorfgemeinschaft und die örtlichen Vereine zu stärken und das ehrenamtliche Engagement zu würdigen. Sie freue sich, dass der Kreiswettbewerb auch im Jahr 2011 fortgeführt werden solle, zumal er von einer breiten Basis der Bevölkerung mitgetragen werde.

Planungsdezernent Jaeger bemerkte, in Zeiten, in denen alle freiwilligen Leistungen auf dem Prüfstand stehen, sei natürlich auch der Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ Gegenstand der Beratungen in der „Sparkommission“ gewesen. Aufgrund der hohen Bedeutung für die jeweiligen Ortsteile habe man sich aber entschlossen, den Wettbewerb auch im nächsten Jahr auszutragen.

B.-Nr.
24/10

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, 2011 den Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ als Vorbereitung auf den Landeswettbewerb durchzuführen. Er stimmt der Verwendung der benötigten und bereit stehenden Haushaltsmittel (17.500,00 Euro) für Preisgelder und Verwaltungskosten zu.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

6	Kreisentwicklungskonzept 2020	
---	-------------------------------	--

6.1	Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Kreisentwicklungskonzept	
6.2	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen vom 09.11.2010: Begleitbeschluss zum Kreisentwicklungskonzept 2020	

Es bestand Einvernehmen darüber, die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 zusammen zu beraten.

Abg. Bausch erläuterte, in dem Begleitbeschlussvorschlag der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN seien sowohl einige grundsätzliche Anmerkungen zum KEK 2020 als auch Änderungen bzw. Ergänzungen zu den Strukturbereichen und Projekten formuliert worden, um noch einmal deutlich herauszustellen, dass es sich hierbei um ein bedeutsames und ernst zu nehmendes Konzept handele, das ständig angepasst und weiterentwickelt werden müsse. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation des Kreises und der Kommunen sei es gleichzeitig wichtig, darauf hinzuweisen, dass alle Maßnahmen und Projekte unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Die einzelnen Punkte des Begleitbeschlusses seien im Wesentlichen Klarstellungen und präzisieren den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er schlage deshalb vor, beide Beschlussvorschläge miteinander zu verbinden („...nach Maßgabe des Begleitbeschlusses...“).

Abg. Tendler dankte der Verwaltung für die schnelle und gute Arbeit. Er wies darauf hin, das KEK 2020 sei sehr umfassend. Es gebe deshalb Kommunen, die sich damit

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

noch nicht beschäftigt hätten und Kommunen, die bereits in ihren Gremien entsprechende Beschlüsse zum KEK gefasst hätten. Nach Auffassung seiner Fraktion könne es nicht sein, dass ein so umfassendes Konzept, das sich mit den unterschiedlichsten Themen vor allem aus den Bereichen „Bevölkerung und Wohnen, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Wissenschaft, Bildung und Soziales“ beschäftige, lediglich im Planungs- und Verkehrsausschuss des Kreises sowie im Kreisausschuss beschlossen werden solle. Darüber hinaus vermisse seine Fraktion im KEK eine ausführliche Darstellung des Verkehrsbereiches; insbesondere sei der „Verkehrsinfrastrukturbereich“ mit so wichtigen Projekten wie dem „Ennertaufstieg“ gar nicht berücksichtigt worden. Der Begleitbeschlussvorschlag der Kreistagsfraktionen CDU und DIE GRÜNEN enthalte zum Teil nur bekannte und deshalb überflüssige Dinge und zum Teil Punkte, auf die ein Koalitionspartner besonderen Wert gelegt habe. Seine Fraktion halte eine fachliche Beratung der jeweiligen Projekte in den betroffenen Fachausschüssen des Kreises für unbedingt erforderlich.

Antrag:

Er beantrage deshalb eine Beteiligung aller betroffenen Fachausschüsse des Kreises und anschließend eine Beratung nicht nur im Kreisausschuss, sondern auch im Kreistag. Unbedingt notwendig sei auch eine Stellungnahme der Kommunen mit Nennung der für sie interessanten Projekte. Nur so komme eine Kommunikation zustande und nur so habe das Kreisentwicklungskonzept 2020 den Namen, den es verdiene.

Der Vorsitzende bemerkte, das KEK 2020 solle die Kreisentwicklung fördern und nicht erst 2020 fertig gestellt werden. Er habe das Konzept bereits in der letzten Legislaturperiode mit begleitet und vertrete die Auffassung, es sei sehr intensiv beraten worden. Im Übrigen lägen bereits Stellungnahmen der Kommunen vor.

Planungsdezernent Jaeger bestätigte, die Kommunen haben sich bereits in unterschiedlichster Weise mit dem KEK befasst. Aus 13 Kommunen liegen zurzeit Stellungnahmen vor. Er machte deutlich, es handele sich hier nicht um einen klassischen Abstimmungsprozess, bei dem die Stellungnahmen aller Kommunen abgewartet werden müssen, bevor ein Beschluss gefasst werden könne, sondern vielmehr um einen dynamischen Prozess. Andernfalls wären einzelne Projekte schon sehr weit fortgeschritten oder sogar umgesetzt, bevor das KEK auf den Weg gebracht wäre. Der Kreis befinde sich in einem ständigen Abstimmungsprozess mit den Kommunen. Er würde es deshalb sehr begrüßen, wenn das Konzept zum jetzigen Zeitpunkt durch die Kreisgremien legitimiert werde.

Abg. Metz stellte fest, in der Frage des KEK sei der Planungs- und Verkehrsausschuss zwar nicht der einzige, aber doch der federführende Ausschuss, weil es sich hierbei um ein planerisches Instrument handele. Darüber hinaus lege er Wert auf die Feststellung, dass die Kommunen genügend Zeit gehabt hätten, sich an dem Prozess zu beteiligen. Die Verwaltung möchte nach dem langen Zeitraum der Erarbeitung und Abstimmung nunmehr auch ein positives Signal aus den politischen Gremien des Kreistages, um die Ziele und Maßnahmen durchführen zu können. Seine Koalition habe sich deshalb sehr intensiv mit dem KEK beschäftigt und auch einige Punkte gefunden, bei denen man eine andere Betonung oder kleine Änderung möchte. Im Umkehrschluss bedeute dies, dass das Konzept als solches die notwendige politische Rückendeckung habe, genau analysiert und ein klarer Auftrag an die Verwaltung erteilt werde. Das KEK habe nie zum Ziel gehabt, alle in den nächsten 10 Jahren im Kreis aufkommenden Probleme detailliert zu analysieren, zu diskutieren und Maßnahmen zur Lösung zu erarbeiten. Vielmehr habe man sich auf bestimmte Schwerpunkte geeinigt, denen man sich als besondere Zukunftsherausforderungen im Rahmen des KEK besonders widmen wollte. Das Konzept habe dagegen nicht

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

den Anspruch, z.B. die gesamte Verkehrsentwicklungsproblematik unserer Region darzustellen. Solche Themen würden losgelöst vom KEK auch immer wieder in den jeweiligen Gremien diskutiert. Seine Fraktion vertrete auch die Auffassung, dass man jetzt das vorliegende Konzept bestätigen sollte. Es dürfe nicht sein, dass man das KEK noch ein Jahr durch den Kreistag und seine Gremien leite, zumal ein Teil der Maßnahmen bereits umgesetzt sei.

Abg. Dr. Kuhlmann äußerte, grundsätzlich unterstütze seine Fraktion das Konzept. Es sei ein wertvoller Beitrag, um die künftigen Herausforderungen, insbesondere den demographischen Wandel, zu bewältigen. Die Stärken- und Schwächen-Analysen seien im Wesentlichen plausibel und auch die Ziele und Leitbilder seien zutreffend. Der Maßnahmenkatalog enthalte viele gute Ansätze, wie z.B. das Mehr-Generationen-Wohnen in Neunkirchen-Seelscheid oder die neuen Pfade für langzeitarbeitslose Jugendliche in Rheinbach. Viele Projekte seien aber nur grob konzipiert worden. Das gelte sowohl für die Inhalte, als auch hinsichtlich der Kosten und der Finanzierung. Das müsse aus der Sicht seiner Fraktion noch konkretisiert werden, insbesondere bei den kostenintensiven Großprojekten (z.B. Umwelt-Science-Center, Aero-Business-Park am Flughafen Hangelar, Rheinhafen in Niederkassel). Er plädiere deshalb dafür, diese Projekte in den jeweiligen Fachgremien des Kreises beraten zu lassen. Für alle Maßnahmen und Projekte gelte natürlich der Finanzierungsvorbehalt in dem jeweiligen Haushaltsjahr. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung könne er zustimmen, wenn der Verwaltungsauftrag unter 2. wie folgt geändert werde: „die Verwaltung zu beauftragen, die unter Federführung des Kreises stehenden Maßnahmen/Projekte hinsichtlich der Inhalte, Kosten und Finanzierung zu konkretisieren und den Fachausschüssen zur Prüfung vorzulegen.....“.

B.-Nr.
25/10

Die Verwaltung wird beauftragt, von allen Kommunen eine Stellungnahme einzuholen und die jeweils betroffenen Fachausschüsse zu beteiligen. Anschließend soll das KEK 2020 im Kreistag abschließend beraten werden.

Abst.-
Erg.:

Ablehnung
MB ./ SPD, FDP, DIE LINKE

B.-Nr.
26/10

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag,

- I. die im „Kreientwicklungskonzept 2020 – Vitalität und Vielfalt“ von November 2009 formulierten Leitbilder und Ziele zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, diese nach Maßgabe des unter III. zitierten Begleitbeschlusses der Kreistagsfraktionen CDU und DIE GRÜNEN vom 09.11.2010 dem künftigen Handeln zugrunde zu legen und die genannten Änderungen/Ergänzungen entsprechend zu berücksichtigen.**
- II. die Verwaltung zu beauftragen, die unter Federführung des Kreises stehenden Maßnahmen/ Projekte nach Maßgabe des unter III. zitierten Begleitbeschlusses durchzuführen. Für damit verbundene, derzeit noch nicht absehbare Kosten sind zu gegebener Zeit weitere Beschlüsse einzuholen.**

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

III. Begleitbeschluss:

1. Die im Kreisentwicklungskonzept 2020 enthaltenen Maßnahmen und Projekte sind zukunftsweisend und mit Blick auf die demographische Entwicklung für die Menschen und die Wirtschaft im Rhein-Sieg-Kreis von großer Bedeutung. Angesichts sich ständig ändernder Rahmenbedingungen ist das KEK 2020 als Leitfaden zu betrachten, der dynamisch weiterentwickelt werden muss. Ebenso bedürfen die konkreten Projekte der kontinuierlichen Weiterentwicklung und Anpassung. Dies gilt auch für die jeweiligen Klassifizierungen als Leuchtturmprojekte.
2. Alle Projekte und Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im jeweiligen Haushaltsjahr. Soweit Projekte und Maßnahmen finanziert werden können, ist eine entsprechende Etatisierung im jeweiligen Haushaltsjahr vorzusehen.
3. Nachstehende Änderungen bzw. Ergänzungen zum KEK 2020 sind im Rahmen der Umsetzung bzw. Realisierung der Maßnahmen und Projekte zu berücksichtigen:
 - a) Zum Strukturbereich I „Bevölkerung und Wohnen“ ist zu berücksichtigen, dass angesichts der demographischen Entwicklung sowie aus städtebaulichen und ökologischen Gründen die qualitative bauliche Entwicklung (Aufwertung bestehender Gebiete, Schließen von Baulücken) Vorrang genießt vor quantitativem Zuwachs der Siedlungsfläche.
 - b) Die Textfassung zum Strukturbereich III „Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Wissenschaft“ unter Ziff. 7.2 (Seite 83) wird in dem Verständnis gebilligt, dass sich die Forderung nach „Ausnutzung der Potenziale des Flughafens Köln/Bonn im Personen- und Güterverkehr“ auf eine Verknüpfung des Flughafens mit der regionalen Wirtschaftsentwicklung bezieht. Unabhängig davon strebt der Rhein-Sieg-Kreis weiterhin eine Reduzierung des vom Flughafen ausgehenden Lärms vor allem in der Nacht an.
 - c) Das Projekt 08 „Planung eines Aero-Business-Parks“ ist ersatzlos zu streichen, da alle mit diesem Projekt verbundenen Maßnahmen besser von den örtlich zuständigen Gremien geregelt werden können.
 - d) Beim Projekt 10 „Rheinhafen Niederkassel“ wird mit Blick auf die Auswirkungen beispielsweise evtl. zusätzlicher Schwerlastverkehre etc. erwartet, dass diese Maßnahmen unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort erfolgen. Ebenso wird das Projekt später anhand konkreter Planungen auch in Bezug auf weitere Aspekte (Lärm, Ökologie, Wirtschaftlichkeit etc.) zu bewerten sein.
 - e) Beim Strukturbereich IV „Bildung“ ist hinsichtlich des Ziels Nr.11 „Wahrung der Vielfalt der Schulformen“ darauf zu achten, dass im Rahmen der Förderung einer vielfältigen Schullandschaft ausdrücklich dem Willen der Eltern Rechnung getragen wird.

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- einstimmig bei 7E. SPD, FDP, DIE LINKE
Erg.:

7	Ausbau der Ortsdurchfahrt Swisttal-Straßfeld im Zuge der K 3	
---	--	--

Dr. Sarikaya führte ergänzend zur Verwaltungsvorlage aus, die Planungen seien selbstverständlich auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vorgestellt worden. Die vorgetragenen Anregungen seien in dem vorgelegten Entwurf zum Ausbau der Ortsdurchfahrt berücksichtigt worden. Die Verwaltung bitte den Ausschuss, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Anschließend könne dann der Entwurf noch einmal der Gemeinde Swisttal vorgestellt werden.

B.-Nr. Der Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt dem Entwurf zum Ausbau der Ortsdurchfahrt Swisttal – Straßfeld im Zuge der K3, auf der Grundlage dieser Anlage zu. Die Verwaltung wird beauftragt die Bauausführung vorzubereiten.
27/10

Abst.- einstimmig
Erg.:

8	Ausbau der K 39 zwischen Lohmar-Oberschönrath und Muchensiefen	
---	--	--

Abg. Metz wies darauf hin, die K 39 sei in diesem Abschnitt in einer von seiner Fraktion veranlassten Liste der Verwaltung zum Thema „Krötenschutz“ enthalten. Nach seiner Information sei die Untere Landschaftsbehörde auch im Rahmen der Planungen beteiligt worden, dennoch bitte er die Verwaltung, sich noch einmal mit den Bürgern vor Ort, die sich um den Amphibienschutz kümmern, in Verbindung zu setzen. Zurzeit werden die Kröten während der Amphibienwanderzeit in Eimern über die Straße getragen. Vielleicht lassen sich im Zuge des Ausbaus noch Möglichkeiten berücksichtigen, die diese ehrenamtliche Arbeit erleichtern. Darüber hinaus bitte er um Prüfung, ob in diesem Bereich für Radfahrer und Fußgänger Schutzvorkehrungen getroffen werden könnten, auch oder gerade weil hier kein separater Weg vorgesehen sei. Möglicher Weise könnten durch entsprechende Markierungen kostengünstige Verbesserungen erreicht werden.

Dr. Sarikaya antwortete, auch wenn es sich in diesem Bereich um eine relativ kleine Population handele, werde sichergestellt, dass diese während der Bauphase nicht gefährdet sei.

B.-Nr. Der Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt dem Entwurf zum Ausbau der Kreisstraße Nr. 39, zwischen Lohmar - Oberschönrath und Muchensiefen, auf der Grundlage dieser Anlage zu. Die Verwaltung wird beauftragt die Bauausführung vorzubereiten.
28/10

Abst.- einstimmig
Erg.:

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

9	Einführung eines Sozial-Tickets - Stand der Diskussion in den VRS-Gremien / Ergebnisse der Marktforschungsanalyse -	
---	---	--

Planungsdezernent Jaeger erläuterte, mit der Vorlage und der als Anhang beigelegten Präsentation solle der Ausschuss über die bisherigen Beratungsergebnisse in den VRS-Gremien informiert werden, da das Sozial-Ticket im Falle der Einführung auch erhebliche finanzielle Auswirkungen für die Mitglieder des Verkehrsverbundes haben könne. Am 10.12.2010 sei eine weitere Beratung in der Verbandsversammlung des ZV VRS vorgesehen.

Der Vorsitzende bemerkte, er halte die Überlegungen zur verbundweiten Einführung des Sozial-Tickets für den richtigen Weg, da ein solches Ticket nur für den Rhein-Sieg-Kreis den Pendlerströmen nicht gerecht werden würde.

10	Regionale Zusammenarbeit mit Bonn - Gemeinschaftssitzungen der Planungs- und Verkehrsausschüsse -	
----	---	--

Abg. Bausch wies darauf hin, mit der Stadt Bonn gebe es ausreichend gemeinsamen Beratungsbedarf, wie nicht zuletzt die zu Beginn der Sitzung geführte Diskussion zur Betriebsqualität der Stadtbahnlinien zeige. Seine Fraktion sei deshalb grundsätzlich an gemeinsam durchgeführten Sitzungen sehr interessiert. Sie seien nur der Auffassung, dass eine jährliche Zusammenarbeit und zusätzlich – je nach Aktualität – eine weitere Sitzung ausreichend sei.

Es bestand Einvernehmen, über den so abgeänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

B.-Nr.
29/10

Der Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt der Absicht, im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit mit Bonn jährlich und ggf. aus aktuellem Anlass im Wechsel zwischen Siegburg und Bonn gemeinsame Sitzungen der Planungs- und Verkehrsausschüsse durchzuführen, zu.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

11	Mitteilungen und Anfragen	
-----------	----------------------------------	--

11.1	Nahverkehrsplan für den Rhein-Sieg-Kreis Prüfaufträge, Fragen aus der PVA-Sitzung 22.06.2010	
------	---	--

Abg. Krauß äußerte, er werde die Informationen, die die Verwaltung zur Linie 800 – Haltestelle „Am Schickshof“ gegeben habe, in seine Gemeinde tragen. Dort habe es ja einen Beschluss hierzu gegeben. Er könne den heutigen Zustand akzeptieren, wenn keine Kundenbeschwerden mehr eingereicht würden. Zur Linie 634, die künftig

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

als TaxiBus-Linie 812 außerhalb der Schülerverkehrszeiten geführt werde, bitte er die Verwaltung um Prüfung, ob die ab Witterschlick Bf startenden Fahrten (6.16 Uhr, 17.16/7.36 Uhr) nicht schon in Vollmershoven beginnen könnten.

11.2	Erfahrungsbericht über den Einsatz des TaxiBusses im links-rheinischen Rhein-Sieg-Kreis	
------	---	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

11.3	Antrag auf Erhöhung des Taxitarifs - Sachstandsbericht -	
------	---	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

11.4	Ausgleichsmaßnahme für den Lückenschluss des Siegtal-Radweges in Eitorf-Kelters	
------	---	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

11.5	Neubau der Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf im Zuge der K 14 n - Sachstandsbericht -	
------	---	--

Der Vorsitzende bemerkte, als lokaler Betroffener und jemand, der den Prozess intensiv begleitet habe, sei dies eine sehr erfreuliche Mitteilung. Die Urteilsbegründung sei sehr eindeutig gewesen, so dass er hoffe, die Kläger werden nicht noch eine weitere Instanz bemühen.

Dr. Sarikaya dankte der Bezirksregierung Köln für die sehr enge und gute Zusammenarbeit.

11.6	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	
------	------------------------------------	--

Hinweis der Verwaltung:

Vor der Sitzung bat der Vorsitzende die Verwaltung die nachfolgenden Fragen zur Sperrung der Kreisstraße 64 zwischen Adendorf und Eckendorf mit der Niederschrift zu beantworten:

1. Seit wann ist die von Adendorf nach Eckendorf führende Straße gesperrt?

Anlässlich einer Ortsbegehung mit der Fa. SIBELCO als Betreiber des Tontage-

03. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 23.11.2010		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

baus, Herrn Hey und Herrn Waerder von der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung Bergbau und Energie NRW und Herrn Schneider vom Planungsamt des Kreises wurden am 26.08.2010 auf einer Länge von 20 m, in einer Breite von 3 – 4 cm und einer Tiefe von 0,73 m Parallele Risse in der Fahrbahn der Kreisstraße festgestellt. Daraufhin wurde von Seiten der Bezirksregierung noch am Abend gegen 19:00 Uhr die Straße voll gesperrt.

2. Wer hat die dortigen statischen Untersuchungen beauftragt und durchgeführt?

Das geologische Gutachten und die markscheiderische Vermessung wurden von der Fa. SIBELCO in Auftrag gegeben. Das Gutachten wird von Prof. Dr.-Ing. Bernhard Fröhlich, Gesellschaft für Baugeologie und –messtechnik, durchgeführt.

3. Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten und wer trägt diese?

Da derzeit noch nicht abgeschätzt werden kann, wie hoch der Schaden an der Kreisstraße ist, ist eine Kostenschätzung nicht möglich. Ebenso ist noch nicht klar, wer der Verursacher des Schadens ist und somit die Kosten für die Instandsetzung der Kreisstraße trägt. Genauer kann erst nach Abschluss des geologischen Gutachtens gesagt werden.

4. Ist eine langfristige Vollsperrung verkehrstechnisch sinnvoll und zur Verhinderung weiterer Absackungen notwendig oder eine dorfauswärtige einseitige Verkehrsführung möglich?

Die Kreisstraße muss bis auf weiteres voll gesperrt bleiben, da der westliche Hang immer noch in Bewegung ist. Der Hang rutscht auf einer Gleitfuge zwischen zwei Tonschichten und es kann bei ungünstigen Verhältnissen, wie z.B. bei Erschütterungen durch Straßenverkehr, zu einem Böschungsbruch kommen. Bei einem solchen Phänomen bricht innerhalb von Sekunden die Böschung ab. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die Kreisstraße mit in die Grube rutscht. Erst wenn der Hang zum Stillstand kommt, kann eine Aussage zu der Standsicherheit der Kreisstraße getroffen werden.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

12	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.



Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin